

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Weislich behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Mskr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1,90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206
Verlagskonto: Leipziger Buchdruckerei V. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 10/21 - Telephon 72206

Insertionspreis: Die 10geleit. Kolonelle 30 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlab. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Platzverdrängung 60 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Auszüge, unsere Abozeitungsbüros und alle Postanstalten entgegen

Nanking gegen Hankau

Erfolge Tschangtaischefs

III Peking, 31. März.

Die Truppen des Marschalls Tschangtaischef haben in der Provinz Schansi einen großen Sieg errungen. Die Stadt Fushien ist von den Nanking-Truppen besetzt.

III London, 31. März.

Nach einer Meldung aus Nanking ist Tschangtaischef vom militärischen Hauptquartier in Kiutiang angewiesen worden, die erste, zweite und dritte Nanking-Armee gleichzeitig gegen Wuhan zu führen, da die Regierung in Nanking die militärischen Operationen so schnell als möglich abzuschließen wünscht. Wie aus Tainan gemeldet wird, rücken 30 000 Mann der Truppen Fungpuhfangs nach Osten vor, um im Gebiete von Tsinanfu als Garnison zu dienen, nachdem die Japaner abgerückt sind.

Nach einer Londoner Meldung der Tel.-Union wird in englischen Berichten aus China behauptet, daß der gesamte Aufmarschplan für die drei Nanking-Armeen von dem deutschen militärischen Ratgeber, dem Obersten Bauer, ausgearbeitet worden sein soll.

Schwere Kämpfe am Yangtse

III London, 2. April.

„Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai vom 1. April: 60 Meilen nordöstlich von Hankau sind am Nordufer des Yangtse zwischen den Truppen der Nanking-Regierung und den Hankau-Streitkräften schwere Kämpfe im Gange. Die Nanking-Regierung erwartet zuversichtlich, daß General Fungpuhfang Hankau binnen zwei Wochen in seiner Hand haben werde. Der Handelsverkehr im Yangtse-Tal ist völlig lahmgelegt.

Eine Erklärung Dr. Schachts

III Paris, 1. April.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat, da private Neußerungen in der ausländischen Presse mißverständlich wiedergegeben worden zu sein scheinen, den Pariser Vertreter des WTB zu folgender Erklärung über seine Auffassung von dem bisherigen Verlauf der Konferenz ermächtigt:

Die Pariser Besprechungen innerhalb der Reparationskonferenz haben sich bisher in durchaus freundlichem Geiste bewegt. Die Bedeutung des Gegenstandes, nämlich die finanzielle Regelung internationaler Beziehungen auf Jahrzehnte und damit die endgültige Liquidierung des Krieges lasse jedoch noch manche Schwierigkeiten erwarten und eine längere Dauer der Verhandlungen voraussehen. Bei dem allseits vorhandenen guten Willen zur Verstärkung und zur Aufbringung der notwendigen Geduld bei den schwierigen Verhandlungen besteht jedoch die Hoffnung auf einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz durchaus welter.

Times berichten aus Paris: Reichsbankpräsident Schacht nahm an der Erörterung am Donnerstag einen hervorragenden konstruktiven Anteil. Der Korrespondent erwartet, daß am nächsten Donnerstag zum ersten Male die Frage der Zahlungsbeträge behandelt werden wird. Die Aussichten für einen befriedigenden Fortschritt in dieser Richtung hatten sich sehr gebessert. Ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem Standpunkt Deutschlands und dem der Gläubigerländer sei bei diesen Erörterungen nicht zu Tage gebracht worden. Wie man annehmen könne, bildeten sie vielmehr eine für beide Seiten annehmbare Verhandlungsgrundlage.

Verfall der tschechischen kommunistischen Partei

Einige tschechische Blätter berichten, daß die Abgeordneten und Senatoren der Tschechoslowakischen kommunistischen Partei im Falle eines Ausschlusses aus ihr beschloßen hätten, eine neue kommunistische Partei oder einen Klub zu gründen. 26 Abgeordnete und Senatoren seien gegen die Parteileitung und nur 19 dafür. Die „Svoboda“ veröffentlicht eine Erklärung der oppositionellen Abgeordneten, in der festgestellt wird, daß die Abwanderung aus der Partei nicht nur keine Verringerung erfahren habe, sondern ständig zunehme. Der einst mächtigen und starken Partei drohe vollständiger Verfall und politischer Bankrott. Diese 26 Abgeordneten und Senatoren sprechen dann dem Politbüro ihr Mißtrauen aus und stellen eine Reihe von Forderungen, darunter die Einstellung aller Ausschließungen aus der Partei wegen abweichender Ansichten, auf.

Die kommunistische Gewerkschaftsinternationale sucht, um der Gefahr einer vollständigen Spaltung der kommunistischen Partei

Massenhinrichtungen in Kanton

III London, 1. April.

Im Verlaufe der letzten Tage sind in Kanton zahlreiche Hinrichtungen vorgenommen worden. Sie sollen nach verschiedenen Mitteilungen in die Hunderte gehen. Die Hinrichtungen erfolgten wegen angeblicher Zugehörigkeit zur bolschewistischen Bewegung. Man glaubt, daß die Mehrzahl der Getöteten unschuldig war.

Räumung der Schantungprovinz

Ein japanisch-chinesisches Abkommen

III Tokio, 1. April.

Die Telegraphen-Agentur Schimbuz Rengo veröffentlicht eine Mitteilung des japanischen Außenministeriums über den Abschluß des Tsinanfu-Zwischenfalles. Das in diesem Zusammenhang mit China getroffene Abkommen hat folgenden Inhalt:

1. Die japanische Regierung verpflichtet sich, bis Ende Mai die japanischen Truppen aus der Schantung-Provinz abzuziehen.
2. Die japanische Regierung verpflichtet sich, sämtliche Polizeitruppen aus den japanischen Konzessionen zurückzuziehen.
3. Die japanische Regierung ist bereit, durch den Oberbefehlshaber der japanischen Truppen, General Fukuda, der Nanking-Regierung das Beileid wegen der Ermordung des chinesischen Diplomaten in der Schantung-Provinz, General Jan, auszusprechen.
4. Die Nanking-Regierung verpflichtet sich, sämtliche Maßnahmen für den Schutz der japanischen Staatsangehörigen in China zu treffen und
5. die japanische Regierung ist bereit, zwei Millionen Yen als Entschädigung für die Ermordung der chinesischen Bürger an die Nanking-Regierung zu zahlen.

in der Tschechoslowakei vorzubeugen, zu vermitteln. Die Gewerkschaftsinternationale hat zu diesem Zweck eine Abordnung nach der Tschechoslowakei entsandt. Sie zählt sieben Mitglieder, davon Losovsky als Vorsitzenden, einen Vertreter aus der Tschechoslowakei, einen aus Polen, einen aus Bulgarien, aus Deutschland Sedert und Merler und einen Vertreter aus Frankreich.

Zusammenstöße in Rumburg

III Rumburg, 1. April.

Von kommunistischer Seite war für heute eine Demonstrationssammlung einberufen, die aber von der Gendarmerie verboten worden war. Trotzdem versammelten sich im Verlaufe des Vormittags in der Bahnhofstraße gegen 200 Kommunisten aus Wabersdorf, Reichenberg und Gablonz und schickten sich an, nach Rumburg zu ziehen, wo sie eine Erklärungsgebung veranstalten wollten. Bereits auf dem Bahnhof in Rumburg kam es zwischen Kommunisten und Gendarmerie zu einem Zusammenstoß. Die Kommunisten sangen Schimpf- und Spottlieder. Die Gendarmerie verhaftete fünf Personen, darunter zwei Redakteure des Reichenberger kommunistischen Blattes „Vorwärts“.

Bombenattentat in Haluin

III Paris, 2. April.

Wie dem Echo de Paris aus Lille gemeldet wird, explodierte gestern Abend kurz vor der Abfahrt der letzten Straßenbahn nach Tourcoing vor dem Hause des Polizeikommissars in Haluin eine Granate, die glücklicherweise nur geringfügigen Sachschaden anrichtete. Nach dem Blatt handelt es sich um ein kommunistisches Attentat, um Arbeitswillige an der Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern. Vierhundert Mann republikanische Garde haben einen Patrouillendienst in der Stadt ausgenommen.

Die Wahlen zum Moskauer Stadtsowjet

DE Moskau, 29. März.

Bis Ende März sind in dem Moskauer Stadtsowjet 2142 Abgeordnete gewählt worden, darunter 548 Frauen. Auf Fabrikarbeiter entfallen 897 Abgeordnete, zu denen noch 425 Abgeordnete aus dem Arbeiterstande hinzukommen, die im Parteiapparat und in den Sowjetbehörden Posten bekleiden. Ferner sind 494 Angestellte, 120 Hausfrauen, 50 Studierende und 216 „Sonstige“ gewählt worden. Von den 2142 Abgeordneten des Moskauer Stadtsowjets sind 1374 Kommunisten und 60 Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes, ferner 709 Parteilose. 77,3 Prozent der Abgeordneten sind zum ersten Male in den Sowjet gewählt worden. Diese Tatsache ist insofern besonders interessant, als sie eine völlige Erneuerung des Moskauer Stadtsowjets darstellt und auf die Ausschöpfung oppositioneller Elemente von rechts und links hindeutet. Die Wahlbeteiligung betrug 74,8 Prozent.

Die litauische Justiz. Das Kownoer Kriegsgericht verurteilte drei Personen wegen Spionage zugunsten Polens zu langjährigen Zuchthausstrafen.

Auslands-„Deutsche“

Lgkl. Unter den bürgerlichen Auslandsdeutschen gibt es eine ganz üble Sorte. Diese Leute sind vor dem Weltkriege ausgewandert, um im Auslande bessere Geschäfte zu machen als daheim. Als dann der Weltkrieg ausbrach und es der Entente gelang, daß nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern 10 weitere überseeische Staaten Deutschland den Krieg erklärten und 4 die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrachen, wurden sie kleinlaut, zumal als deutsches Auslandsvermögen beschlagnahmt ward. Nach dem Abschluß des Versailler Vertrages ging dann der Spektakel los, und zwar nicht gegen Wilhelm und seine Paladine, die den Krieg heraufbeschworen und glänzend verloren hatten, sondern gegen die republikanische Regierung, die die schuldbeladene Erbschaft des kaiserlichen Hasardeurs antreten mußte. Diese Auslandsdeutschen, die nie einen Pfennig zu den deutschen Steuerlasten beigetragen hatten, verlangten von der in allen Tonarten geschmähten Republik Entschädigung für das verlorene Eigentum. Einer dieser Gemütsmenschen suchte bekanntlich, seinen Forderungen mit der Pistole in der Hand bei den Behörden Nachdruck zu geben. Sie haben denn auch ein schönes Stimmchen herausgeholt. Nach Mitteilungen des Vereins „Wiederaufbau im Auslande“ e. V. war der Stand des Entschädigungsverfahrens am 10. Januar 1929 der folgende: A. Schäden bis 20 000 Reichsmark: Entschädigung festgesetzt in 75 328 Fällen mit 157,4 Millionen Reichsmark, Entschädigung ausgezahlt in 58 255 Fällen mit 130,2 Millionen Reichsmark, d. h. in rund der Hälfte der im Schlußverfahren zu erledigenden Fälle. B. Schäden über 20 000 Reichsmark: Entschädigung festgesetzt in 23 018 Fällen mit 502,2 Millionen Reichsmark, Entschädigung ins Schuldbuch eingetragen in 16 886 Fällen mit 388,7 Millionen Reichsmark, d. h. in 40 bis 45 Prozent der im Schlußverfahren zu erledigenden Fälle. C. Im Härtefondsverfahren sind 35,4 Prozent der Fälle erledigt.

Sehr lehrreich ist es, einmal an einem Beispiel zu zeigen, welche falschkünstliche Gesinnung diese Auslandsdeutschen in ihren eigens geschaffenen Blättern zur Schau tragen. Vorweg sei bemerkt, daß sie die Forderung gestellt haben, ihnen im Auslande das Recht zur Teilnahme an den Reichstagswahlen zuzusprechen. Der kürzlich veröffentlichte Wahlgesekentwurf der Deutschen Demokratischen Partei will denjenigen Auslandsdeutschen das Wahlrecht geben, die sich zur Zeit der Wahl in Deutschland aufhalten.

Vor uns liegt die auf einer Schreibmaschine hergestellte, vervielfältigte Nr. 1 des 2. Jahrganges des Nachrichtenblattes des Verbandes Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko. Der Leitartikel ist überschrieben „Der neue Herr“. Der Verfasser gibt zunächst zum Besten, was in seinem Gedächtnis haften geblieben ist aus dem Geschichtsunterricht desnationalen Oberlehrer aus wilhelminischer Zeit, und zieht daraus seine falschkünstlichen „Lehren“ für die Gegenwart.

„Mit Frankreich sings an. Das entdecte die sogenannte Freiheit neben der Gleichheit und Brüderlichkeit. Ein paar pfiffige Abotaten und ähnlische „Anabtommlische“ beim Kampf um Dasein stellten fest, daß ein Volk und der einzelne Mensch nur dann frei sein könne, wenn das Staatsoberhaupt nicht König, sondern anders genannt werde und wenn man sich die Segnungen der Staatsoberhauptswahlkampagnen zulege. Man sagte dem souveränen Volk, daß es auch ein Recht habe, in einer Katastrophe mit Wägen zu fahren wie der König, und da setzte das souveräne Volk den König ab, stützte ihm das Haupt über bis zur Gurgel und schaltete der Ordnung halber auch die Königin und drei Millionen Mitbürger einschließlich Frauen und Kinder ab.

Der Spatz brachte außer den bereits erwähnten Abschladungen Unschuldiger, dem vollkommenen Ruin des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft auch eine hübsche Inflation in der Gestalt der bekannten Assignaten-Scheine, mit denen, a tausend Franc each (jeder im Werte von 1000 Franc), sich z. B. mein Urpapaoter ein gewisses verschwiegemes Gemach tapezieren ließ, so daß man dort de facto auf dem Thron eines Geldfürsten saß.

Von Frankreich machten dann die Adulatinischlagworte Karriere fast über die ganze Welt, und alle Völker mit wenig Ausnahmen in Europa fanden es „chic“, den oben geschilderten Werdegang der Franzosen seit 1789 nachzumachen. Die Nachahfung des Thronumschneißens setzte man bis kurz nach dem Weltkrieg fort, ruinierte sich dementsprechend den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft, schaffte sich ein hübsches mehr oder weniger großes Inflationchen, schlachtete Menschenbrüder, wie z. B. in Rußland, in München, in Thüringen usw. in großartigster Weise ab und fängt nun z. B. in Albanien mit dem „Vive le Roy!“ Krüllen, d. h. dem Thronaufsteigen, wieder an.

Das souveräne Volk? Ist es wirklich souverän? Ist es je frei im wahren Sinne des Wortes gewesen?

„Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“ — sagt die neue deutsche Verfassung. Ergo hat das souveräne Volk Deutschlands die Inflation, den Dawespast, die hohen Steuern, die hübschen Kredite an Barnat und Genossen, die Reichseisenbahngesellschaft mit ihren Unglücken, den Versailler Frieden, das Wohnungsamt, den Preisdruck von Herrn „Hauptmann Häsel“, die Münchner, Berliner und Thüringer Schredensstage, die richtige Zahl der Arbeiterlöcher, den fürchtbaren Kampf ums Dasein und so weiter gewollt. Wenn das Volk als solches sprechen könnte, würde es wahrscheinlich ganz anderer Meinung sein. Es ist also doch nicht souverän, es ist also doch nicht frei, es hat also doch nicht ein bißchen Staatsgewalt, die von ihm ausgeht. Und dann möchten wir noch die 150 Millionen Russen fragen, ob sie seit ihrem Umsturz souverän und frei sind oder ob sie unter